

FAQ NORDKIRCHE STÄRKT DEMOKRATIE

Stand 17. Januar 2025

nordkirche.de/demokratie-staerken



Evangelisch-Lutherische
Kirche in Norddeutschland

Inhalt

3 Vorwort

4 Haltung entwickeln, Demokratie stärken

6 Demokratie - was bedeutet das genau?

8 Demokratie stärken in der Nordkirche - Karte

10 Was gefährdet die Demokratie?

12 Gemeinsam Haltung zeigen - Position der Nordkirche zu extremistischen Parteien

18 Demokratie stärken - Wie geht das?

20 Demokratie stärken - Beispiele aus der Nordkirche

22 Ins Handeln kommen

24 Ansprechpartner:innen in der Nordkirche

26 Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser:innen,

die Demokratie ist unter Druck, in Deutschland und weltweit. Desinformation, Polarisierung und Radikalisierung spalten die Gesellschaft. Die Freiheiten der Demokratie in Deutschland können dazu genutzt werden, die Demokratie selbst zu unterwandern und abzuschaffen.

Kurz vor der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 legt das Kommunikationswerk die FAQ Nordkirche stärkt Demokratie auf. Sie fasst die Haltungen und Positionen aus dem kirchlichen Raum zum Thema zusammen. Sie sammelt Fragen & Antworten, stellt Wissen zur Verfügung und will kirchliche Akteure aktiv vernetzen. Kommunikationsfachkräfte und Führungskräfte sind eingeladen, sich mit den Inhalten auseinanderzusetzen, mit ihnen zu arbeiten und natürlich die FAQ weiterzugeben. Wir entwickeln das Thema weiter – gemeinsam mit Ihnen. Im Netz bringt die Seite nordkirche.de/demokratie-staerken Veranstaltungen, Aktionen und Geschichten rund um das Thema Demokratie zusammen.

2023 hat die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aufgezeigt, dass sich Teile der Mitte der Gesellschaft von der Demokratie distanzieren oder das Vertrauen in die Institution verloren haben. Populismus und antidemokratische und völkische Positionen seien auf dem Vormarsch.

Das Thema Demokratie stärken ist spätestens seit der Correctiv-Recherche Anfang 2024 zu den sogenannten „Remigrations-Plänen“ der AfD zusammen mit Rechtsextremisten in der kirchlichen Organisationskommunikation zum Dauerthema geworden. Zu Hunderttausenden sind die Menschen in Deutschland auf die Straße gegangen #niewiederistjetzt.

Nordkirchenweit haben sich seitdem neben Bündnissen, Netzwerken und Gremien auch die Kommunikationsfachkräfte zusammengetan, um der Kirche als starke Stimme für die Demokratie Gehör zu verschaffen. Dazu gehört, auch vor und nach den Wahlen die Förderung der Demokratie zum Dauerthema zu machen.

Ob Dialog und Diskurs, Demonstration und Bildungsangebot, Engagement in Bündnissen und Widerspruch bei Stammtischparolen oder Hass und Hetze im Netz - wir haben es zusammen in der Hand, für Vielfalt, Menschenrechte und Demokratie einzustehen. Getreu dem Auftrag, der aus der Ebenbildlichkeit Gottes mit den Menschen für alle Christ:innen entsteht.

Kommunikationsdirektor Michael Birgden, Kommunikationswerk der Nordkirche





Haltung entwickeln, Demokratie stärken

Orientierung, Engagement und Verantwortung in einer offenen Gesellschaft

Wie entwickle ich eine Haltung zum Thema Demokratie?

Um selbst eine Haltung zu etwas entwickeln zu können, braucht es Orientierung und Auseinandersetzung mit dem Thema. Die innere Grundeinstellung prägt das Denken und Handeln eines jeden Einzelnen. Haltung ist nicht starr, sondern entwickelt sich weiter. Die Ereignisse des Jahres 2024 haben die Organisation Kirche an ganz unterschiedlichen Stellen dazu bewogen, ihre Haltung abzufragen und damit öffentlich Position zu beziehen.

Wo kann ich anfangen?

„Es geht uns alle an: Gemeinsam Demokratie und Menschenrechte verteidigen! Für eine gerechte und solidarische Gesellschaft“, steht über dem bundesweiten Bündnis „Zusammen für Demokratie“. Hier engagieren sich die Evangelische Kirche in Deutschland, die Diakonie Deutschland, der Deutsche Bischofsrat. Sie stehen gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie Kultur- und Sportverbänden für die unteilbaren Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und eine klimagerechte Zukunft ein. Die Gründungsmitglieder haben sich verpflichtet, mindestens bis Ende 2025 zusammenzuarbeiten. Über eine Weiterführung des Bündnisses wird im Laufe des Jahres 2025 entschieden werden. [Mehr lesen](#)

Wofür steht die EKD?

„Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) steht mit vielen anderen in Deutschland für eine auf der unverlierbaren Würde jedes Menschen gründende, offene, tolerante und gerechte Gesellschaft. Deshalb kann die EKD sich nicht neutral verhalten, wenn Menschen ausgegrenzt, verachtet, verfolgt oder Opfer brutaler Gewalt werden“, heißt es auf der [EKD-Themenseite Demokratie](#). „Die EKD arbeitet gegen rechtspopulistische, rechtsextreme, rassistische, minderheitenfeindliche und völkisch-nationalistische Einstellungen.“

Wie geht die Nordkirche mit dem Thema um?

Nach der Europawahl 2024 hatte Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt ein verstärktes demokratisches Engagement und mehr politische Bildung gefordert, um populistischen Tendenzen und der bedenklich hohen Zustimmung unter Jugendlichen dafür entgegenzutreten. Fertige Rezepte oder Maßnahmenpläne für jede und jeden einzelnen gibt es nicht. In ihrer Predigt zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2024 in Schwerin sagte die Landesbischöfin, es gelte jetzt, das Handwerk der Demokratie neu zu lernen. Einfach, weil sich neue Herausforderungen und Fragen stellen. „Angesichts von vieler Herausforderungen geht es jetzt doch darum, zusammenzustehen und nicht aufzugeben“, so Kühnbaum-Schmidt mit Blick auf die aktuelle Radikalisierung und die damit verbundenen Gefahren für unsere Demokratie.

Wo finde ich weitere Informationen?

Im Bereich der Nordkirche

Nordkirche

Gemeinsames Wort von Bischofsrat und Synodenpräses (Januar 2024)

→ [Wo Kirche ist, ist für Rechtsextremismus und Rassismus kein Platz](#)

Nordkirche

Artikel zum Gottesdienst am 3. Oktober 2024 (Tag der Deutschen Einheit) mit Download der Predigt von Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt.

→ [Vereint Segel setzen für Hoffnung auch in schwierigen Zeiten](#)

Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg

Grundsatzpapier Ev.-Luth. Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg (September 2024)

→ [Ja zum christlichen Glauben – \(deshalb\) Nein zu Demokratiefindlichkeit!](#)

Kirchenkreis Nordfriesland

#KlareHaltung Ev.-Luth. Kirchenkreis Nordfriesland (Juli 2024)

→ [Zur Videoserie #KLAREHALTUNG im Kirchenkreis Ev.-Luth. Kirchenkreis Nordfriesland](#)

Kirchenkreis Rendsburg-Eckernförde

Statement Ev.-Luth. Kirchenkreis Rendsburg-Eckernförde (Juni 2024)

→ [Kirchenkreis tritt Bündnis für Demokratie, Vielfalt und Toleranz in Rendsburg bei](#)

Kirchenkreis Mecklenburg

Erklärung mecklenburgischer Kirchenkreisrat (März 2024)

→ [Bündnisse für Vielfalt, Demokratie und Menschenrechte unterstützen](#)

Junge Nordkirche

Positionierung Junge Nordkirche (Januar 2024)

→ [Ja zu Demokratie und Vielfalt](#)

Evangelische Kirche in Deutschland

Ratsvorsitzende und Synodenpräses

Gemeinsame Positionierung der amtierenden Ratsvorsitzenden und Synodenpräses (Januar 2024)

→ [Fehrs und Heinrich: Dank an alle Menschen, die gegen Hass und Hetze auf die Straße gehen](#)

Diakonie Deutschland & Brot für die Welt

Gemeinsames Statement Diakonie Deutschland & Brot für die Welt (Februar 2024)

→ [Aufruf zur Demonstration: Wir sind die Brandmauer](#)

In der Ökumene

VELKD

Gemeinsame Positionierung der Vereinigten Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) (März 2024)

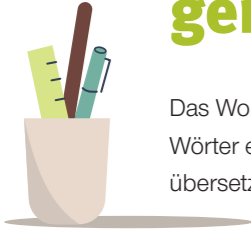
→ [Die AfD tritt das christliche Menschenbild mit Füßen](#)

Deutsche Bischofskonferenz

Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz

→ [Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar](#)

Demokratie – was bedeutet das genau?



Das Wort Demokratie hat seinen Ursprung im altgriechischen Begriff „demokratia“. Darin sind zwei Wörter enthalten: demos (Staatsvolk) und kratos (Macht, Gewalt, Herrschaft). Demokratia bedeutet also übersetzt „die Herrschaft des Volkes“. Es lässt sich bis in das Jahr 508 v. Chr. zurückverfolgen.

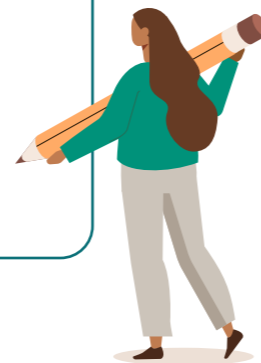
Kirche und Demokratie

Für die Evangelische Kirche in Deutschland ist die Demokratie eine politische Lebensform der Freiheit, für deren Grundwerte sie entschieden eintritt. Leitend ist die unantastbare Würde eines jeden Menschen als Ebenbild Gottes. Jeder Mensch ist zur Teilhabe eingeladen. Staat und Kirche sind in der Bundesrepublik Deutschland getrennt. Religionsfreiheit, Neutralitätsgebot, Selbstbestimmungsrecht: Die Beziehung zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften regelt das Grundgesetz.

[EKD-Themenseite Kirche & Demokratie](#)

[Brot für die Welt-Dossier „Gerechtigkeit wählen“](#)

[Diakonie Deutschland #SozialWählen](#)



Die Staatsform Demokratie

Kennzeichen der Staatsform Demokratie ist die Volkssouveränität. Es wird zwischen der repräsentativen Demokratie (z. B. in Deutschland) und direkter Demokratie (z. B. in einigen Bundesstaaten der USA) unterschieden. Rechtsstaatsprinzip, Gewaltenteilung und freie Medien beschränken bzw. kontrollieren die Machtausübung.

[Demokratie kurz & knapp im Politiklexikon der bpb](#)

Parlamentarische Demokratie: In Deutschland ist das Regierungssystem parlamentarisch organisiert. Das vom Volk gewählte Parlament ist der Deutsche Bundestag. Dieser entscheidet über die Politik.

[Wie parlamentarische Demokratie funktioniert](#)

Demokratie als Gesellschaftsform

Neben der Staatsform Demokratie richtet sich die Demokratie als Gesellschaftsform an demokratischen Werten aus. Die Bürger:innen des Landes müssen diese kennen und vertreten. Die wichtigsten sind in der freiheitlich demokratischen Grundordnung (FDGO) des Grundgesetzes beschrieben. Dazu gehören:

- Akzeptanz von demokratisch getroffenen Entscheidungen
- fairer Umgang auch mit politischen Gegnern
- Toleranz gegenüber anderen Lebensentwürfen und Perspektiven
- Beteiligung an demokratischen Prozessen (Wählen gehen, bürgerschaftliches Engagement)

[Mehr über demokratische Werte](#)

Lebensform Demokratie

Die Demokratie ermöglicht eine moderne Lebensform durch die Grundsätze der Freiheit & Gleichheit für alle Menschen, Solidarität und Gerechtigkeit. Sie alle sind im Grundgesetz geregelt. Diese ermöglichen allen Bürger:innen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Diese schränkt das Grundgesetz in Artikel 2 ein. Die freie Entfaltung eines Einzelnen endet da, wo er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

[Mehr zum Grundgesetz auf der Seite des Bundestages](#)



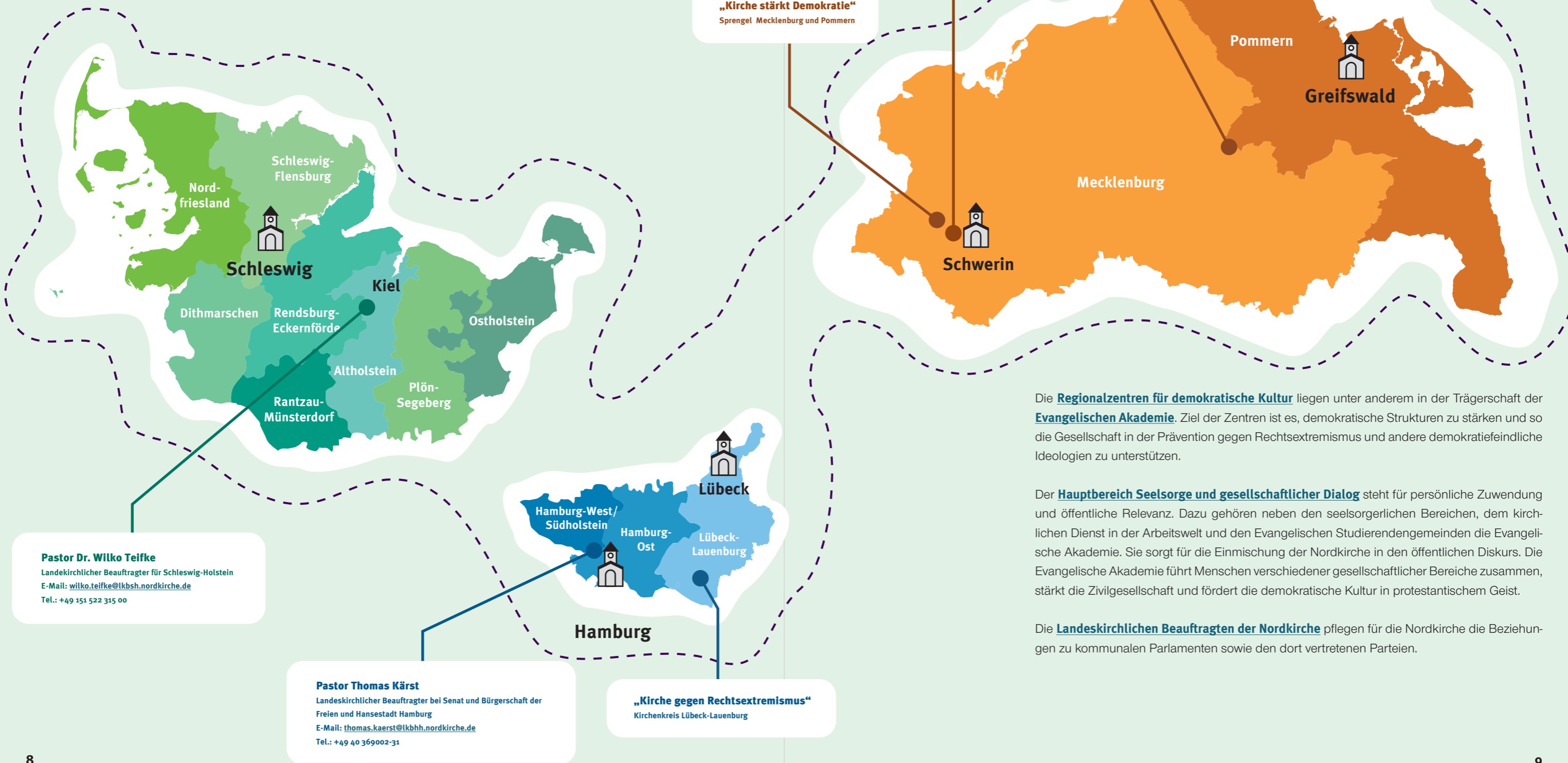
Führungsprinzip Demokratie

In Unternehmen und Organisationen finden sich neben den Begriffen Partizipation und Selbstorganisation Beschreibungen einer demokratischen Führung. Sie gehen weiter als die New Work-Modelle, in denen Entscheidungen in flachen Hierarchien fallen oder durch organische Strukturen und ihre Prozesse ersetzt werden. Neben einem lebensbejahenden Menschenbild bezieht die demokratische Führung die Einordnung des Unternehmens in die Gesellschaft als Ganzes ein.

[Blogbeitrag über Unternehmensdemokratie](#)

Demokratie stärken in der Nordkirche

Die Karte gibt einen ersten Überblick, wo in Norddeutschland Beauftragte der Nordkirche, Einrichtungen und kirchliche Netzwerke zum gesellschaftlichen Diskurs und zur Stärkung der Demokratie ansässig sind.



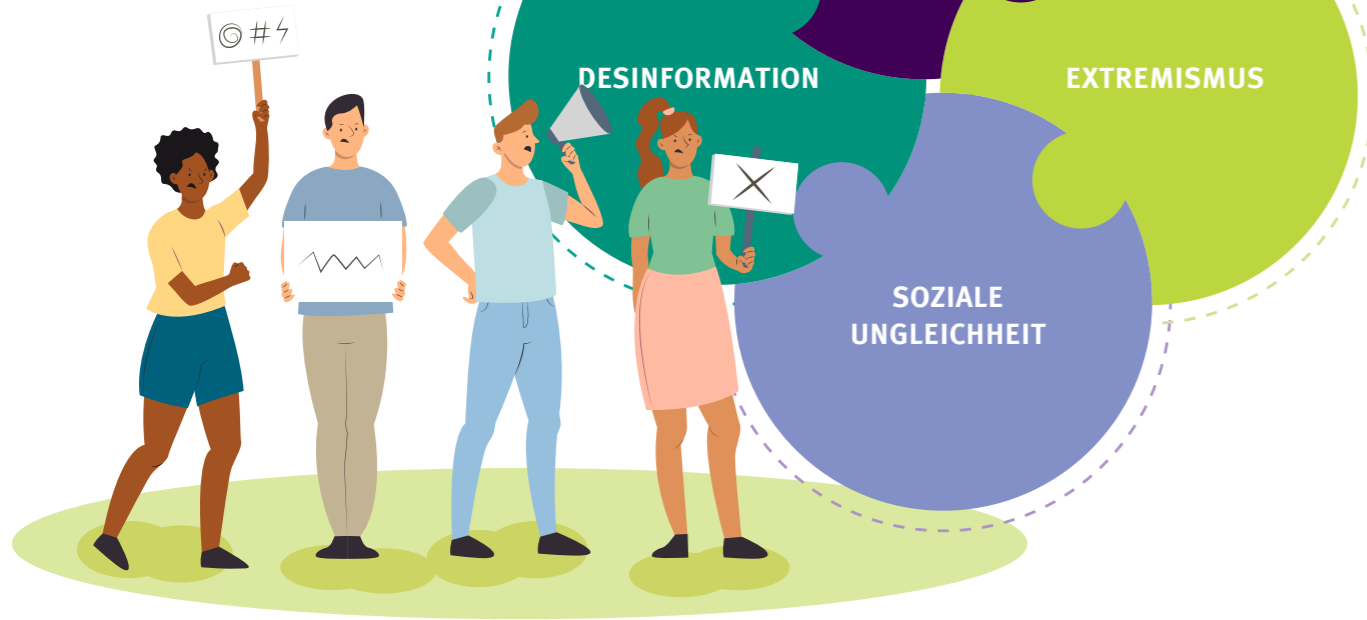
Die **Regionalzentren für demokratische Kultur** liegen unter anderem in der Trägerschaft der **Evangelischen Akademie**. Ziel der Zentren ist es, demokratische Strukturen zu stärken und so die Gesellschaft in der Prävention gegen Rechtsextremismus und andere demokratiefeindliche Ideologien zu unterstützen.

Der **Hauptbereich Seelsorge und gesellschaftlicher Dialog** steht für persönliche Zuwendung und öffentliche Relevanz. Dazu gehören neben den seelsorgerlichen Bereichen, dem kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt und den Evangelischen Studierendengemeinden die Evangelische Akademie. Sie sorgt für die Einmischung der Nordkirche in den öffentlichen Diskurs. Die Evangelische Akademie führt Menschen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche zusammen, stärkt die Zivilgesellschaft und fördert die demokratische Kultur in protestantischem Geist.

Die **Landeskirchlichen Beauftragten der Nordkirche** pflegen für die Nordkirche die Beziehungen zu kommunalen Parlamenten sowie den dort vertretenen Parteien.

Was gefährdet die Demokratie?

Die Demokratie kann nur als Gesellschafts- und Staatsform existieren, wenn die Bürger:innen in einer Demokratie die Werte respektieren. Sie ist fluide und ermöglicht Veränderung – auch an ihrem Wesen selbst. [Broschüre bpb](#)



Das Vertrauen der Menschen in Deutschland in die Demokratie an sich nimmt ab, belegen Studien bereits seit einigen Jahren. **Armut, Einsamkeit, soziale Ungleichheit sowie allgemeine Unzufriedenheit** sind die Grundlage, auf der **Populist:innen** mit vermeintlich einfachen Lösungen und Antworten Menschen für sich gewinnen. Ihre Kommunikation ist geprägt von einer Dramatisierung der Lage insgesamt und einem Herausarbeiten von Gegensätzen zwischen „den einfachen Leuten“ und „denen da oben“. Auch wenn radikale politische Haltungen in der pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren Platz haben, so unterscheiden sie sich deutlich vom politischen Extremismus, der den demokratischen Verfassungsstaat ablehnt und die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie beseitigen will. [Hier schreitet der Verfassungsschutz ein.](#)

Politisches Desinteresse schwächt die Demokratie ebenfalls. Die meisten Menschen in Deutschland kennen nur die Staatsform der Demokratie aus eigenem Erleben und halten sie für selbstverständlich. Dabei ist die ausbalancierte Struktur des Grundgesetzes nicht in Stein gemeißelt. Die Grundrechte können unterschiedliche ausgelegt werden. Während die einen sie als Ausdruck einer gemeinsamen Wertordnung verstehen, sind sie für andere Möglichkeit, das Gemeinwohl zu pflegen. Eine weitere Lesart kann es sein, die Grundrechte als Abwehr gegen staatliche Eingriffe zu sehen. Wer die Grundrechte in Frage stellt, verlässt den gemeinsamen demokratischen Wertekanon.

Die ersten 19 Artikel des Grundgesetzes sind die Grundrechte. Sie teilen sich auf in Menschenrechte, die für alle Menschen gelten und Bürgerrechte, die für Menschen mit der deutschen Staatsbürgerschaft gelten.

Übersicht „Unsere 19 Grundrechte“ auf der Seite der Bundesregierung

- » Menschenwürde, Menschenrechte
- » Persönliche Freiheitsrechte
- » Gleichheit vor dem Gesetz.
- » Glaubens- und Gewissensfreiheit
- » Freiheit der Meinung, Kunst und Wissenschaft
- » Ehe, Familie und Kinder
- » Schulwesen
- » Versammlungsfreiheit
- » Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit
- » Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis
- » Freizügigkeit
- » Berufsfreiheit
- » Militärische und zivile Dienstpflichten
- » Unverletzlichkeit der Wohnung
- » Eigentum, Erbrecht, Enteignung
- » Vergesellschaftung
- » Staatsangehörigkeit, Auslieferung
- » Asylrecht
- » Petitionsrecht
- » Einschränkung der Grundrechte in besonderen Fällen
- » Grundrechtsverwirkung
- » Einschränkung von Grundrechten, Rechtsweg

Die Gründe für politisches Desinteresse sind vielfältig: Menschen finden es oft schwer nachvollziehbar, was in der Politik geschieht. Sie haben den Eindruck, dass in der Politik zu viel getrickt und getäuscht wird. Andere Interessen, wie Beruf und Privates, gehen vor. Menschen haben das Gefühl, keinen Einfluss nehmen zu können. [Statista-Umfrage](#)

Gezielte Desinformation dient dazu, Unsicherheit zu schüren und die Gesellschaft zu polarisieren. Befragungen und Studien zeigen, dass die Menschen in Deutschland über absichtlich verbreitete Falschinformationen besorgt sind. [Bertelsmann-Studie „Verunsicherte Öffentlichkeit“](#)

Rund um Wahlen kommt es regelmäßig zu Beeinflussung. Etwa die Hälfte der Weltbevölkerung war 2024 zur Stimmabgabe aufgerufen. Das Recherchenetzwerk Korrektiv hat die Europawahl, die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg sowie die US-Wahl zum Thema Desinformation unter die Lupe genommen. [Faktencheck Desinformation](#)

Fake News, Deep Fakes & Trollfabriken: Für die Menschen ist es schwer, Falschnachrichten zu erkennen. Ob der Mitschnitt eines Gespräches echt ist, oder durch KI-Sprachmodelle erstellt wurde, können mittlerweile nur Profis identifizieren. Die Doppelgänger-Kampagne mit Fake-Profilen in den sozialen Netzwerken und nachgebauten Internetseiten beispielsweise deutscher Medien sind zwar bekannt und gestört worden. Das Prinzip dahinter lässt sich wiederholen. [Mehr zu den Doppelgänger-Seiten](#)

Anfang Januar 2025 hat Mark Zuckerberg für den Konzern Meta angekündigt, künftig keine Faktenchecks mehr zu nutzen und mehr politische Inhalte in den sozialen Netzwerken zu ermöglichen. Auch die Diversity-Abteilung wird geschlossen. Das gilt zunächst für die USA und wird aber in der Folge Auswirkungen in Europa haben. [Mehr zum Kurswechsel bei facebook und Instagram](#)

Hier haben Führungskräfte einer Organisation wie der Nordkirche eine große Chance, durch persönliche Bildung, Information, Schulung, Faktenüberprüfung und die Sensibilisierung der Mitarbeitenden, entgegenzuwirken. [bpb-Dossier Desinformation](#)



Gemeinsam Haltung zeigen

Was tut die Nordkirche, um Demokratie zu stärken? Wie geht sie mit extremistischen Parteien um?

Position der Nordkirche zu extremistischen Parteien

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) hat sich mit wachsender gesellschaftlicher Sorge über den Einfluss extremistischer Parteien und ihrer Sympathisant:innen intensiv auseinandergesetzt. In diesem Kontext wurde durch die Kirchenleitung eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein umfassendes Positionspapier erarbeitet hat. Dieses Positionspapier zielt darauf ab, das Verhältnis der Nordkirche zu extremistischen Parteien aus kirchlicher Perspektive zu definieren. Dabei stützt sich die Nordkirche bewusst nicht auf staatliche Definitionen von Extremismus, sondern bezieht sich auf das aus der Metapher „Ebenbild Gottes“ resultierende Verhältnis von Mensch zu Mensch: Alle Menschen haben dieselbe Würde. So ist es auch in der [Verfassung der Nordkirche](#) verankert.

Ein zentraler Aspekt des Positionspapiers ist die klare Haltung der Nordkirche gegen rechts-extreme, rassistische oder antisemitische Positionen, die den Grundsätzen des christlichen Glaubens widersprechen. Der kirchliche Auftrag, Gerechtigkeit, Frieden und die Achtung der Menschenwürde zu fördern, verlangt eine unmissverständliche Abgrenzung von Ideologien, die diese Werte missachten.

Besonderes Augenmerk liegt auf der Frage, wie die Nordkirche mit Personen umgehen sollte, die einer extremistischen Partei angehören oder diese unterstützen und gleichzeitig als Amtsträger:innen, Ehrenamtliche oder gewählte Vertreter:innen in gesellschaftlichen Funktionen wirken. Das Positionspapier benennt Leitlinien, die sowohl die notwendigen Abgrenzungen als auch mögliche dialogische Ansätze thematisieren. Dabei wird deutlich, dass eine klare Haltung gegen menschenfeindliche Ideologien nicht im Widerspruch zum christlichen Auftrag steht, den Dialog zu suchen und einen Beitrag zur gesellschaftlichen Versöhnung zu leisten.

Die Deutsche Bischofskonferenz hat es eindeutig formuliert: Extremistische Parteien wie zum Beispiel die AfD seien für Christ:innen nicht wählbar. Kann sich die Nordkirche diesem Votum anschließen?

Der Bischofsrat und die Präses der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) haben bereits am 24. Januar 2024 in einem gemeinsamen Wort unmiss-

verständlich klargestellt, dass Rechtsextremismus und Rassismus mit dem christlichen Bekenntnis unvereinbar sind. Die Leitung der Nordkirche, Landesbischofin Kristina Kühnbaum-Schmidt, Bischöfin Kirsten Fehrs, Bischöfin Nora Steen, Bischof Tilman Jeremias sowie die Präses der Landessynode, Ulrike Hillmann, haben in diesem gemeinsamen Wort erklärt: „Alle Menschen sind Geschöpfe Gottes mit gleicher Würde und gleichen Rechten. Dafür stehen wir als Christinnen und Christen ein. Den Versuchen rechtsextremer Parteien, diese Rechte anderen Menschen abzusprenken, treten wir entschieden entgegen. Einander beizustehen in Not und in Vielfalt friedlich zusammenzuleben, ist eine Grunderfahrung des christlichen Glaubens. Wo Kirche ist, ist für Rechtsextremismus und

Rassismus kein Platz.“ Als logische Konsequenz aus diesem gemeinsamen Wort folgt, dass aus Sicht der Nordkirche von der Wahl rechtsextremer Parteien einschließlich der AfD abzusehen ist.

Wie positioniert sich die Nordkirche zu den Forderungen eines AfD-Verbots?

Eine solche Entscheidung muss von den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern getroffen werden. Diese werden die juristischen Möglichkeiten in unserer wehrhaften Demokratie abzuwägen haben, da das Grundgesetz für das Verbot von Parteien hohe Hürden gesetzt hat. Da rechtsextreme und rassistische Haltungen mit einem Parteienverbot jedoch nicht verschwinden, muss aus unserer Sicht der Fokus auf der politischen Auseinandersetzung liegen. Die Nordkirche wird daher Bündnisse für Demokratie weiterhin tatkräftig unterstützen.

Was rät die Landeskirche Kirchengemeinden im Umgang mit AfD-Wähler:innen/-Sympathisant:innen?

Die Kirchengemeinden vor Ort können verantwortungsvoll einschätzen, wo ein Gespräch notwendig, ein Dialog sinnvoll oder wo strikte Abgrenzung angebracht ist. Eine klare Grenze besteht da, wo die Botschaft des Evangeliums „Alle Menschen sind Geschöpfe Gottes mit gleicher Würde und gleichen Rechten“ missachtet wird. Für die Nordkirche ist entscheidend, dass in erster Linie demokratische Kräfte gestärkt und unterstützt werden und dass Aktivist:innen oder gar Funktionär:innen extremistischer Parteien oder Vereinigungen keine Bühne geboten wird.

Ist aus Sicht der Nordkirche ein Gespräch mit AfD-Wähler:innen/Sympathisant:innen sinnvoll?

Hierzu verweisen wir auf die Position der amtierenden Ratsvorsitzenden der EKD, Bischöfin Kirsten Fehrs, die betont hat:

„Als Kirche und als Gesellschaft bleiben wir in der Verantwortung, in den Dialog mit Menschen zu gehen, die mit den genannten Parteien sympathisieren. Wir müssen uns deutlich mehr dafür interessieren, was die Gründe dafür sind. Welche sinnstiftenden Alternativen bieten wir ihnen an, was tun wir gegen Perspektivlosigkeit und Angst vor Veränderung?“

Schließt die Nordkirche Mandatsträger:innen bzw. Mitglieder extremistischer Parteien von der Teilnahme an Gottesdiensten aus?

Grundsätzlich sind alle Menschen eingeladen, an öffentlichen Gottesdiensten teilzunehmen. Damit zeigen wir, dass wir dem Wort Gottes zutrauen, dass es Menschen ergreifen und zur Umkehr bewegen kann. Eine aktive Mitwirkung im Gottesdienst durch Lesungen, Fürbitten oder gar Predigten soll jedoch nicht stattfinden.

Arbeitet die Nordkirche mit Mandatsträger:innen bzw. Mitgliedern extremistischer Parteien zusammen?

Extremistische Parteien oder Vereinigungen sind aus Sicht der Nordkirche Parteien oder Vereinigungen, deren Positionen und Ziele dem Auftrag der Kirche entgegenstehen, die dem Ansehen der Kirche Schaden zufügen oder unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen bzw. verboten sind. Der Umgang der Nordkirche mit extremistischen Parteien unterscheidet sich deshalb vom Umgang mit demokratischen Parteien. Das zeigt sich unter anderem darin:

Wir laden Mandatsträger:innen dieser Parteien nicht in offene kirchliche Gesprächsräume oder

zu Empfängen ein, um ihren Anliegen kein Podium zu bieten.

Durch unsere Art des kritischen und abgrenzenden Umgangs machen wir deutlich, dass wir einer Normalisierung von menschenfeindlichen Positionen, die die Würde von Menschen nicht achten, nicht Vorschub leisten wollen.

Haben Mandatsträger:innen solcher Parteien das Anliegen, auf kirchlichen Veranstaltungen zu sprechen, in Gremien mitzuarbeiten oder öffentlich Spenden für kirchlich-diakonische Aufgaben zu übergeben, wird dies nicht zugelassen.

Die Nordkirche initiiert keine gemeinsamen Projekte ausschließlich mit Mandatsträger:innen solcher Parteien.

Ausnahmen im Umgang können dann erwogen und geprüft werden, wenn etwa in einer Podiumsdiskussion vor Wahlen Vertreter:innen aller anderen im Parlament vertretenen Parteien teilnehmen und eine Nichteinladung einer bestimmten Partei dieser mehr nützen als schaden würde.

Verweigert sich die Nordkirche der Zusammenarbeit mit Amtsträger:innen, die Mitglied extremistischer Parteien sind?

Nein, allerdings bedenken wir den Umgang mit Amtsträger:innen, die extremistischen Parteien angehören, sehr genau. In der Regel werden kirchliche Vertreter:innen in parlamentarischen Stellungnahmeverfahren von den jeweiligen Ausschussvorsitzenden aufgefordert oder eingeladen, sich z. B. im Rahmen von Gesetzesnovellierungen zu äußern. Dabei kann es vorkommen, dass beispielsweise Mandatsträger:innen der AfD das Amt der bzw. des Ausschussvorsitzenden inne haben. Zum Beispiel stellen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern aktuell in zwei von neun Ausschüssen Mandatsträger der AfD das Amt des Ausschussvorsitzenden (im Wissenschafts- und Europaausschuss sowie im Wirtschaftsausschuss). Darüber hinaus besetzen sie

in zwei Ausschüssen das Amt des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden. (Stand 8/2024)

Kirchliche Vertreter:innen nehmen an solchen parlamentarischen Stellungnahmeverfahren teil, um nicht die Möglichkeit aufzugeben, kirchliche Belange in parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren zu vertreten.

Ähnliche Situationen können entstehen, wenn z. B. im kirchlich-diakonischen Bereich im Rahmen sozialer Dienstleistungen Leistungen erbracht werden, zu denen es mit staatlichen Stellen Verhandlungen gibt. Sollte es vorkommen, dass Amtsträger:innen in diesen staatlichen Stellen extremistischen Parteien angehören, wird es trotzdem erforderlich sein, die Gespräche zu führen, die zur Sicherung der kirchlich-diakonischen Arbeitsbereiche erforderlich sind.

Das Gleiche gilt, wenn eine extremistische Partei in einer Kommune, einem Landkreis oder gar im Bundesland politische Verantwortung übernimmt und Ämter besetzt. Auch da kann es notwendig werden, dass mit den jeweiligen Gebietskörperschaften Gespräche oder Verhandlungen geführt werden müssen.

Wo es notwendige Kontakte mit solchen Amtsträger:innen gibt, setzen wir uns mit der Vermittlung kirchlicher Belange zugleich für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft und eine gelingende Kultur des Miteinanders ein, in der die Gleichwertigkeit aller Menschen zählt.

Die kritische Auseinandersetzung mit Positionen von Mandats- bzw. Amtsträger:innen benannter Parteien tritt nicht hinter die Vermittlung kirchlicher Belange in parlamentarischen Verfahren und notwendigen Verhandlungen mit Amtspersonen zurück, sondern begleitet diese.

Dabei unterscheiden wir zwischen dem Respekt gegenüber einem öffentlich wahrgenommenen Amt bzw. Mandat und extremistischen Haltungen der entsprechenden Personen, denen zu widersprechen ist.

Ist die Mitgliedschaft in einer extremistischen Partei ein Ausschlusskriterium für ein Ehrenamt in der Nordkirche?

Bei der Kandidatur für ein Ehrenamt in der Nordkirche bzw. während des Ausübens dieses Ehrenamtes wird die Mitgliedschaft in einer Partei oder Vereinigung nicht abgefragt. Dies ist rechtlich nicht zulässig. Ein aktives, nach außen klar erkennbares, politisches Bekenntnis zu nazistischen, völkischen oder antisemitischen Haltungen ist in der Nordkirche jedoch unabhängig von einer Mitgliedschaft in extremistischen Parteien unvereinbar mit der Übernahme eines Amtes im Kirchengemeinderat, der Kirchenkreissynode und der Landessynode. Dies ergibt sich aus § 5 Absatz 1 Nummer 5 des Kirchengemeinderatswahlgesetzes, nach dem ein Gemeindeglied nicht wählbar ist, wenn es insbesondere nicht bereit ist, Wesen und Auftrag der Kirche zu vertreten, wie es in Artikel 1 der Verfassung der Nordkirche beschrieben ist.

Absatz 7 dieses Artikels besagt: „Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland tritt ein für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sowie für die Wahrung der in der Gottesebenbildlichkeit gründenden Menschenwürde und der Menschenrechte in der Welt.“

Das bedeutet: Wer extremistische Ansichten vertritt und verbreitet, verstößt gegen die Grundwerte der Nordkirche, ist für Ehrenämter nicht wählbar und kann in begründeten Fällen von seinen Aufgaben entbunden werden. Hierbei ist jedoch immer eine Einzelfallbetrachtung erforderlich.

Ist die Mitgliedschaft in einer extremistischen Partei bzw. die Kandidatur für ein politisches Wahlamt für eine extremistische Partei für eine Pastorin oder einen Pastor der Nordkirche mit deren Dienst vereinbar?

Pastorinnen und Pastoren sind auch bei politischer Betätigung ihrem Auftrag verpflichtet; sie sind ihren Dienst allen Gemeindegliedern ohne Ansehen ihrer politischen Einstellung schuldig. Sie sind an die Ordnung der Kirche gebunden. Dazu gehört die Verfassung der Nordkirche, dessen Artikel 1 Absatz 7 lautet: „Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland tritt ein für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sowie für die Wahrung der in der Gottesebenbildlichkeit gründenden Menschenwürde und der Menschenrechte in der Welt.“

Daher haben Pastorinnen und Pastoren der Nordkirche die Grenzen zu beachten, die sich aus ihrem Auftrag für Art und Maß ihres politischen Handelns ergeben (Mäßigungsgebot).

Die Kandidatur für ein politisches Wahlamt und eine erfolgte Wahl ist der bischöflichen Person im Sprengel, der mit der Dienstaufsicht beauftragten Person und dem Landeskirchenamt anzuzeigen. Gemäß § 33 Pfarrdienstgesetz der EKD dürfen Pastorinnen und Pastoren nicht einer Vereinigung angehören oder sie auf andere Weise unterstützen, wenn sie dadurch in Widerspruch zu ihrem Amt treten oder in der Wahrnehmung ihres Dienstes wesentlich behindert werden.

Wird von der dienstaufsichtführenden Stelle (Landeskirchenamt) im Einzelfall oder von kirchenleitender Stelle allgemein die Unvereinbarkeit der Zwecke einer Vereinigung mit dem Auftrag der Kirche verbindlich festgestellt, sind Pastorinnen und Pastoren nach § 33 Pfarrdienstgesetz der EKD verpflichtet, von einem

beabsichtigten Erwerb der Mitgliedschaft oder jeder anderweitigen Förderung der betreffenden Mitgliedschaft Abstand zu nehmen bzw. eine bestehende Mitgliedschaft oder Förderung dieser Vereinigung aufzugeben.

Kommt eine Pastorin bzw. ein Pastor einer entsprechenden Aufforderung zur Einhaltung dieser Verpflichtung schuldhaft nicht nach, kann gegen sie bzw. ihn wegen einer Amtspflichtverletzung ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Dies gilt auch, wenn die Pastorin bzw. der Pastor, anders als die dienstaufsichtführende Stelle, zu der Auffassung gelangt, eine Angehörigkeit oder sonstige Unterstützung einer Vereinigung sei mit ihrem bzw. seinem Amt vereinbar.

Dies gilt auch für Pastorinnen und Pastoren im Ruhestand, da das Pfarrdienstverhältnis mit dem Ruhestand nicht endet, sondern nur die Dienstleistungspflicht aufgehoben ist.

Ist die Mitgliedschaft in einer extremistischen Partei bzw. die Kandidatur für ein politisches Wahlamt für eine extremistische Partei für eine Beamtin oder Beamten der Nordkirche mit deren Dienst vereinbar?

Auf Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte findet das Kirchenbeamtengesetz der EKD sowie das Kirchenbeamtengesetzergänzungsgesetz Anwendung. Auch wenn im Regelfall neben dem Dienstverhältnis keine Verpflichtungen aus der Ordination bestehen, sind für Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte vergleichbare Vorschriften wie für Pastorinnen und Pastoren vorhanden.

Ist die Kandidatur für ein politisches Wahlamt für eine extremistische Partei für privatrechtlich Beschäftigte der Nordkirche mit deren Dienst vereinbar?

Die Zugehörigkeit zu Parteien wird in der Nordkirche nicht abgefragt. Dies ist rechtlich nicht zulässig. Allerdings gelten für privatrechtlich beschäftigte Mitarbeitende in der Nordkirche besondere Loyalitätsanforderungen. So bestimmt § 3 des Tarifvertrags für Kirchliche Beschäftigte in der Nordkirche (TV KB), dass alle Beschäftigten in verschiedenen Diensten in gemeinsamer Verantwortung an der Erfüllung des kirchlichen Auftrages zur Verkündigung des Evangeliums in Wort und Tat teilhaben. Ihr gesamtes Verhalten im Dienst und außerhalb des Dienstes muss der Verantwortung entsprechen, die sie als Beschäftigte im Dienst der Kirche übernommen haben.

Von den kirchlichen Mitarbeitenden kann daher ein besonderes Maß an Zurückhaltung und Mäßigung hinsichtlich einer parteipolitischen Betätigung verlangt werden. Dies gilt sowohl im Rahmen der dienstlichen Tätigkeit als auch bei Äußerungen im Privatbereich. Die in der Verfassung der Nordkirche verankerten christlichen Werte wie Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung, Wahrung von Menschenwürde und Menschenrechte sind zu achten.

Das heißt, wenn kirchliche Mitarbeitende mit ihren Äußerungen und Betätigungen rassistische oder menschenfeindliche Positionen vertreten oder sich in sonstiger Weise gegen die christlichen Grundwerte verhalten, können arbeitsrechtliche Sanktionen wie Abmahnung oder Kündigung gerechtfertigt sein. Diese sind im Einzelfall zu prüfen.



Demokratie stärken – Wie geht das?

Weltweit gibt es mehr Autokratien als Demokratien. Etwa 13 Prozent der Weltbevölkerung lebt in liberalen Demokratien, zumeist in Europa. Sie sind massiv in Veränderung.

Eines der gravierendsten Beispiele ist der Abbau des Rechtsstaates, wie in Ungarn oder Polen. In nahezu allen anderen europäischen Ländern fallen zunehmend antidemokratische Tendenzen auf. Seit 2014 sinken die Zufriedenheitswerte mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. ([Sozialbericht 2024](#)) Die Mitte der Gesellschaft distanziert sich von der Demokratie, rechtsextreme Einstellungen sind stark angestiegen und in die Mitte der Gesellschaft gerückt. ([Mitte-Studie](#))

Dabei sind liberale Demokratien lohnende Staatsformen. Sie ermöglichen Vielfalt und Teilhabe, sind resilient in großen Krisen und führen zu einer Steigerung des Wirtschaftswachstums. [Mehr lesen](#)

Jede:r kann etwas tun, um die Demokratie zu stärken. Die Veränderung beginnt mit der Entwicklung der inneren Haltung und kann sich, je nach Typ, ganz verschieden zeigen. Als Christ:in, Kirchenmitglied, Angestellte oder Leitungskraft, im Haupt- oder Ehrenamt – in den verschiedenen Rollen haben wir unterschiedliche Möglichkeiten. Die [Mehr Demokratie!](#) ist die wohl größte Organisation in Deutschland, die sich einsetzt, die Demokratie in Deutschland weiterzuentwickeln.

» **Volkssouveränität:** Alle Organe der staatlichen Gewalt sind direkt oder indirekt durch das Volk legitimiert. An **Wahlen und Abstimmungen** teilzunehmen, ist der einfachste Beitrag, die Demokratie lebendig zu halten. Eine Stimme bei der Wahl abzugeben, erhöht die Wahlbeteiligung, selbst wenn sie ungünstig ist. Eine hohe Beteiligung ist vorteilhaft, weil die einzelne Stimme dann nicht so sehr ins Gewicht fällt. Je weniger Menschen an der Wahl teilnehmen, desto gewichtiger wird die Stimme derer, die es tun. [Wahlbeteiligung gut erklärt](#)

» Auf Landes- und kommunaler Ebene gibt es die Möglichkeit, über Bürgerbeteiligung direkt an Projekten mitzuwirken. Die Evangelische Kirche hat die Möglichkeiten, den **demokratischen Dialog** zu fördern. Vertreter:innen können aktiv an Bürgerdialogen teilnehmen oder sie initiieren.

» **Rechtsstaat:** Mit dem Schöffenamts haben Bürger:innen in Deutschland die Möglichkeit, die Demokratie zu stärken. Etwa 44000 ehrenamtliche Richter:innen wirken an deutschen Gerichten an der Rechtssprechung mit. Das **Schöffenamts** ist grundsätzlich jeder Person zugänglich, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, der deutschen Sprache mächtig und 25 bis 69 Jahre alt ist. Eine juristische Ausbildung ist nicht erforderlich. Zuständig für die Bewerbungen und die Vorschläge der Schöffenswahl, die alle fünf Jahre stattfindet, sind die Gemeinden.

» **Achtung der Menschenrechte:** In einer Demokratie müssen die grundlegenden Rechte der dort lebenden Menschen geschützt werden. Gemeint sind damit individuelle Rechte, die jedem Menschen von Geburt an zustehen. Eintreten für die Grund- und Menschenrechte ist jedem Menschen möglich: Organisation und Teilnahme an Demonstrationen. Entgegenzutreten von Hass und Hetze in den sozialen Netzwerken.

Demokratie stärken konkret als...

...Kirchenmitglied

Stammtischparolen sind oft so abwertend und aggressiv, dass sie sprachlos machen. Später ärgern wir uns, dass wir auf rechte Sprüche nichts erwidert haben. Dabei ist klar:

Demokratie fängt beim Diskutieren mit respektvoller Kommunikation an. Und die gute Nachricht ist: „Auf rechte Sprüche eine Antwort finden“, das kann man üben. [Die App konterbunt](#) hat Antworten auf Parolen wie „Frauen gehören hinter den Herd“ oder „Geflüchtete passen nicht zu unserer Kultur“.

Auf der Themenseite nordkirche.de/demokratie-staerken gibt es mehr Tipps, Termine und Informationen.

...Kirchengemeinde

In ihren Gruppen können Kirchengemeinden Mitbestimmung und Mitgestaltung ermöglichen, ein ganz praktisches Lern- und Übungsfeld für demokratisches Handeln. Demokratiebildung lässt sich etablieren.

Engagement in Bündnissen und Zeichen setzen über Feste, Wettbewerbe oder kulturelle Veranstaltungen sind häufig bereits gelebte Praxis. Einsamkeit ist ein Grund für Menschen, populistischen Aussagen Glauben zu schenken. Kirchengemeinden können der Einsamkeit vor Ort ein Angebot von Gemeinschaft entgegensetzen. [Mehr auf dem Serviceportal](#)



...kirchliches Gremium

Ob Landessynode, Kirchenkreisrat oder Kirchengemeinderat: Die Gremienstruktur der Nordkirche ermöglicht es, demokratische Werte in die Haltungsarbeit einfließen zu lassen. Positionspapiere mit Bekenntnissen zu den Werten, Menschenrechten und Merkmalen der Demokratie geben anderen Orientierung.

Per Gesetz lassen sich die demokratischen Werte wie Vielfalt und demokratische Prozesse festlegen. Außerdem lohnt sich ein Blick in die Finanzen: Werden demokratische Projekte und Strukturen mit Ressourcen ausgestattet?

...Leitungsperson

Leitungspersonen haben eine wichtige Aufgabe. Sie können das Thema Demokratie priorisieren und auf die Tagesordnung heben. Mitgestaltung als Lernfeld, Fortbildung in diskriminierungssensibler Kommunikation und Ermutigung, aktiv für die demokratischen Werte einzustehen erzeugen eine starke Wirkung im Team.

...Kommunikationsfachkraft

Desinformation stoppen – das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunikation. Wer sich unsicher ist, startet eine Recherche. Die großen Fake-News finden [Redaktionen wie der Faktenfinder \(tagesschau.de\)](#). Das Recherchenetzwerk Korrektiv bietet einen [Faktencheck per WhatsApp](#).

Die eigene Sprache überprüfen – vor allem rechtspopulistische Erzählungen haben sich in den letzten Jahren im Sprachgebrauch etabliert. Eine Sensibilisierung und die bewusste Wortwahl helfen langfristig, diese Normalisierung des Unsagbaren aufzuhalten. [Df-Beitrag](#)

Demokratie stärken – Beispiele aus der Nordkirche

Nordkirche stärkt Demokratie – und das nicht erst seit gestern. Diese Beispiele aus Gemeinde, Kirchenkreis, Diakonie, Hauptbereiche & Landeskirche lassen sich nachmachen, weiterentwickeln oder teilen.

Demokratie läuft

Ein Staffellauf rund um den Ratzeburger See hat ein Zeichen für Vielfalt gesetzt. Organisiert wurde er 2024 vom Diakonischen Werk Herzogtum Lauenburg. Das Sommerereignis hat Menschen aus der Region ans Staffelloch gebracht. Radfahren, paddeln, schwimmen, rollen, walken oder wandern: Die 27 Kilometer konnten auf unterschiedliche Art und Weise angegangen werden – immer achtsam und in gegenseitigem Respekt.

Der Staffellauf der Vielfalt wurde begleitet von den Partnerschaften für Demokratie der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische, des Kreises Nordwestmecklenburg und der Hansestadt Lübeck und wurde gefördert vom Bundesprogramm **„Demokratie leben!“**

Demokratie thematisieren

Die Demokratie zum Thema machen: Über dem Sommerempfang der Nordkirche 2024 stand die Fragestellung: Wie können wir jeder einzeln und als Gesellschaft Demokratie leben? Und: Was verstehen wir unter Teilhabe? Dazu wurde der Schleswiger Dom zu einem Raum für Impulse externer Redner:innen. Die Besucher:innen erlebten ein neues Talk-Format, das von Nora Steen, Bischöfin der Nordkirche im Sprengel-Schleswig und Holstein, moderiert wurde.

Preise und Auszeichnungen

„Miteinander in MV“ heißt der Medienpreis, den der Evangelische Presseverband MV e.V. mit Unterstützung des Deutschen Journalistenverbandes MV 2024 erstmals verliehen hat. Den ersten Preis, dotiert mit 3000 Euro, gewann Simona Dürnberg für ihre Fernsehreportage „Leben im Hochhaus – Dreesch 1-3“. Der Wettbewerb des Evangelischen Presseverbandes „Miteinander in MV“ habe mit seiner Themensetzung grenzüberschreitendes Miteinander und Engagement in den Mittelpunkt gestellt, sagte Schirmherr Tilman Jeremias, Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Nordkirche. **Mehr zum Evangelischen Medienpreis.**

Demokratie Coach

Die Qualifizierung zum Demokratie Coach ermöglicht es Interessierten, Kompetenzen in der Demokratieförderung aufzubauen. Das Christian-Jensen-Kolleg in Breklum bietet die Maßnahme an, die sich an Haupt- und Ehrenamtliche richtet. Die Demokratie Coaches werden durch die Module sprach- und aktionsfähig in Kirchengemeinden, auf Kirchenkreisebene, im Sozialraum. Sie lernen unterschiedliche Formate für Zielgruppen mit Demokratieskepsis kennen und bekommen Impulse, Menschen anzusprechen, die wie sie für Demokratie eintreten möchten. **Mehr zum Demokratie Coach.**



Religionsunterricht

Veranstaltungen zum Thema Demokratie entwickelt das Pädagogisch-Theologische Institut der Nordkirche (PTI). **Demokratie stärken?!** heißt eine Fortbildung zur Demokratiebildung, die in der persönlichen Haltungsarbeit ansetzt. Neu im **Raum für Fragen** sind Ideen für den Religionsunterricht für die Grundschule **„Wie können wir gut zusammen leben?“** und für die Sekundarstufe **„Wie halte ich es mit dir aus?“**

Bündnisarbeit vor Ort

Zusammen vor Ort Gesellschaft demokratisch gestalten: Das geht über die Beteiligung an lokalen Bündnissen. Ein Beispiel ist das Aktionsbündnis **Hüttener Berge | Für Vielfalt | Für Demokratie | Gegen Rechtsextremismus**. Die Kirchengemeinde Hütten ist Teil des Bündnisses und beteiligt sich beispielsweise mit einem Glockengeläut. Jeden ersten Samstag um „5 vor 12“ läuten die Glocken für Frieden, Demokratie und Vielfalt.

Anlässlich der Europawahl hat sich der Kirchenkreis Hamburg-Ost dem Bündnis **Go vote** angeschlossen. Es will auch über die Wahlen hinaus die Demokratie als Betriebssystem einer offenen Gesellschaft zeigen. Weitere Bündnisse mit kirchlicher Beteiligung auf nordkirche.de/demokratie-staerken

Demonstrationen

Tausende haben Anfang 2024 nordkirchenweit für Vielfalt und Demokratie demonstriert. Das Versammlungsrecht zu nutzen ist eine Möglichkeit, die Demokratie zu stärken. Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt rief dazu auf, Demonstrant:innen demonstrativ zur Seite zu stehen und lenkte den Blick auf die Regionen, in denen Demonstrant:innen durch ihre öffentliche Sichtbarkeit besonders im Fokus stehen und sich teilweise durch rechtsextreme Gegendemonstrant:innen bedroht fühlen.

Im Dialog bleiben

Der interreligiöse Dialog spielt an vielen Orten der Nordkirche eine wichtige Rolle. Durch die dauerhafte Begegnung gibt es eine gemeinsame Gesprächsbasis, auf der eventuelle Konflikte angesprochen werden können. „Ich bin zutiefst dankbar, dass wir drei hier heute gemeinsam stehen: eine Muslima, eine Christin, ein Jude“, sagte Kirsten Fehrs, Bischöfin der Nordkirche im Sprengel Hamburg-Lübeck und Ratsvorsitzende der EKD, bei einer Großdemo im Juni 2024, auf der sie mit Özlem Nas, stellvertretende Vorsitzende der Schura – Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg, und Landesrabbiner Shlomo Bistrizky von der Jüdischen Gemeinde Hamburg sprach. Das sei gerade in Zeiten wie diesen ein wichtiges Zeichen der Gemeinschaft und des Zusammenhalts. **Mehr dazu.**

Themenraum Demokratie stärken

- » Sie kennen ein spannendes Projekt zur Stärkung der Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte auf dem Gebiet der Nordkirche? Erzählen Sie davon und teilen Sie Ihr Wissen.
- » Die Fachgruppe **Demokratie stärken** der KÖA365 hat einen Themenraum ins Leben gerufen. Auf diesen haben alle Mitglieder der Konferenz Öffentlichkeitsarbeit der Nordkirche Zugriff. Besprechen Sie mit Ihren zuständigen Kommunikationsfachleuten, welche Veranstaltungen, Maßnahmen & Aktionen Sie dort einbringen können. Sie wissen nicht, wer für Sie zuständig ist?
- » Dann schreiben Sie eine E-Mail an intern@kommunikation.nordkirche.de

Ins Handeln kommen

Demokratie stärken – das ist eine Daueraufgabe, die in der Nordkirche an verschiedenen Stellen bereits angenommen wurde. Eine lebendige Demokratie braucht mehr Engagement von Vielen. Diese Seite will einladen, jetzt den nächsten Schritt zu machen und ins Handeln zu kommen - als Privatperson, Christenmensch, Leitungskraft und Kommunikationsfachkraft der Nordkirche.

Wo kann ich mitmachen?

Kirche und Demokratie im Norden – so heißt eine Arbeitsgemeinschaft in der Nordkirche, die offen ist für alle. Mit ihr soll das demokratische Engagement gefördert und eine konstruktive Diskussionskultur gestärkt werden. Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist es ebenso, ein Gegengewicht zu Polarisierung und Populismus zu entwickeln.

Die Arbeitsgemeinschaft setzt die Arbeit des Forums Kirche und Rechtsextremismus fort. Initiiert haben Vertreter:innen von Kirche stärkt Demokratie im Sprengel Mecklenburg-Pommern, der Evangelischen Akademie, dem Referat für Friedensbildung und Einzelpersonen die Arbeitsgemeinschaft. Unterstützt wird sie von allen Kirchenkreisen sowie der Landeskirche.

Am 16. & 17. Mai 2025 findet die nächste Fachtagung in Lübeck statt. Ansprechpartner für Rückfragen ist Karl-Georg Ohse (Kontakte S. 25). Weitere Informationen zur Arbeitsgemeinschaft unter www.kirche-demokratie.de

Wo finde ich Materialien?

Termine, Geschichten, Netzwerke und Bündnisse, Informationen zu Kampagnen und hilfreiche Materialien stellt die Themenseite nordkirche.de/demokratie-staerken zur Verfügung.

Allen, die die Veranstaltungsdatenbank der Nordkirche für ihre Termine nutzen, steht die Kategorie „Demokratie“ zur Auswahl. Der Weg ist einfach: Im Schritt „Fürs Suchen optimieren“, Bereich Tags und Kategorien über den Weg Themen---->Politik---->Demokratie auswählen. So werden alle Veranstaltungen zum Thema als Karte und Liste auf nordkirche.de ausgegeben.

Welche Kampagnen kann ich nutzen?

Zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025 gilt es, als Kirche für Vielfalt, Menschenrechte und Demokratie zu werben. Die Nordkirche ist ein weites Feld, nicht nur in der Fläche. Stadt und Land, diverse Sozialräume – hier passt nicht jede Kampagne überall hin. Prüfen Sie vor Ort, was Ihnen hilft, mit Menschen ins Gespräch zu kommen und für die Werte der Kirche einzustehen.

Alle Infos, Materialien und Aktionen zur Kampagne **#Demokratiestaerken – Für Vielfalt und Toleranz** gibt es ab Mitte Januar auf der Nordkirchen-Themenseite Demokratie.

Die ökumenische Wahl-Initiative **Für Alle. Mit Herz und Verstand** wird durch die Nordkirche unterstützt. Auf der Seite fuer-alle.de steht umfangreiches Kampagnenmaterial zur Verfügung.

@kreuz.setzen heißt eine Instagram-Initiative. Dahinter steht ein Kollektiv von Christ:innen, das Menschen begeistern möchte, Demokratie zu leben und zur Wahl zu gehen. Die Beschreibung „christlich, demokratisch, wählerisch“ ist bereits als Sharepic-Aktion vorbereitet und kann [hier heruntergeladen werden](#).

Wähl Liebe lautet die Kampagne der CSD-Bewegung. Sie ruft zu einer bundesweiten Demonstration am 15. Februar 2025 auf und bietet auf ihrer [Kampagnenseite](#) einen Parteienvergleich an.

Welche Fördermittel gibt es?

Wer zum Thema Demokratie tätig werden möchte, braucht neben Ideen auch Ressourcen. Veranstaltungen, Honorare für Referent:innen, Kommunikationsprodukte: all das kostet Geld. Verschiedene Programme haben es sich zur Aufgabe gemacht, Demokratieprojekte zu unterstützen.

Demokratie im Netz 2.0

Gefördert werden sollen Modellprojekte der digitalen politischen Bildung, die zur Stärkung und Weiterentwicklung digitaler Partizipation sowie zur Bekämpfung und Prävention von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beitragen.

Zusammenhalt durch Teilhabe

Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (Z:T) des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) fördert in ländlichen oder strukturschwachen Gegenden Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus.

Demokratie leben!

Mit dem Programm fördert das BMFSFJ zivilgesellschaftliches Engagement auf allen Ebenen des Staates für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander sowie die Arbeit gegen Radikalisierungen und Polarisierungen in der Gesellschaft.

Übersicht [Förderprogramme](#) und [Wettbewerbe](#) der Bundeszentrale für politische Bildung.

Netztipps

Wer kennt hasserfüllte Stammtischparolen nicht, bei denen einem oft vor Schreck die Worte fehlen. Nicht so mit der **App konterbunt**: Sie liefert zielführende Antwort- und auch Nachfrage-techniken, um das Gegenüber zur Selbstreflexion zu bringen.

Demokratie – teste Dein Wissen ist ein Wissenstest zum Thema Demokratie. **Hanisauland** ist eine Seite für Kinder von 9-14 Jahren und Lehrkräfte, die einfache Zugänge zum Thema Politik vermittelt.

Die **#Faktenfuchs – Toolbox** vom Bayerischen Rundfunk bietet eine umfassende Zusammenfassung zum Thema Faktencheck.

republica Hamburg 2024 **How to ... Reagieren auf wütende und verrohte Diskussionen**: Die Session von Ingrid Brodnig bietet Einblicke in Techniken der Eskalation und zeigt, wie Diskussionen absichtlich entgleisen. Sie beleuchtet Mechanismen in Social Media und etablierten Medien, die faire Debatten erschweren. Es werden für jedes Beispiel der Eskalation Tipps gegeben, um effizient darauf zu reagieren.

Fakten selbst checken

Wir haben es in der Hand, Falschnachrichten zu entlarven. Vor allem das Weiterleiten und Teilen in den sozialen Netzwerken wie Instagram, Whatsapp und Co. sorgen für die schnelle Verbreitung von falschen Behauptungen und menschenverachtenden Narrativen. Eine neue Routine kann helfen, diese Flut einzudämmen.

5 Tipps, um Fake News zu erkennen:

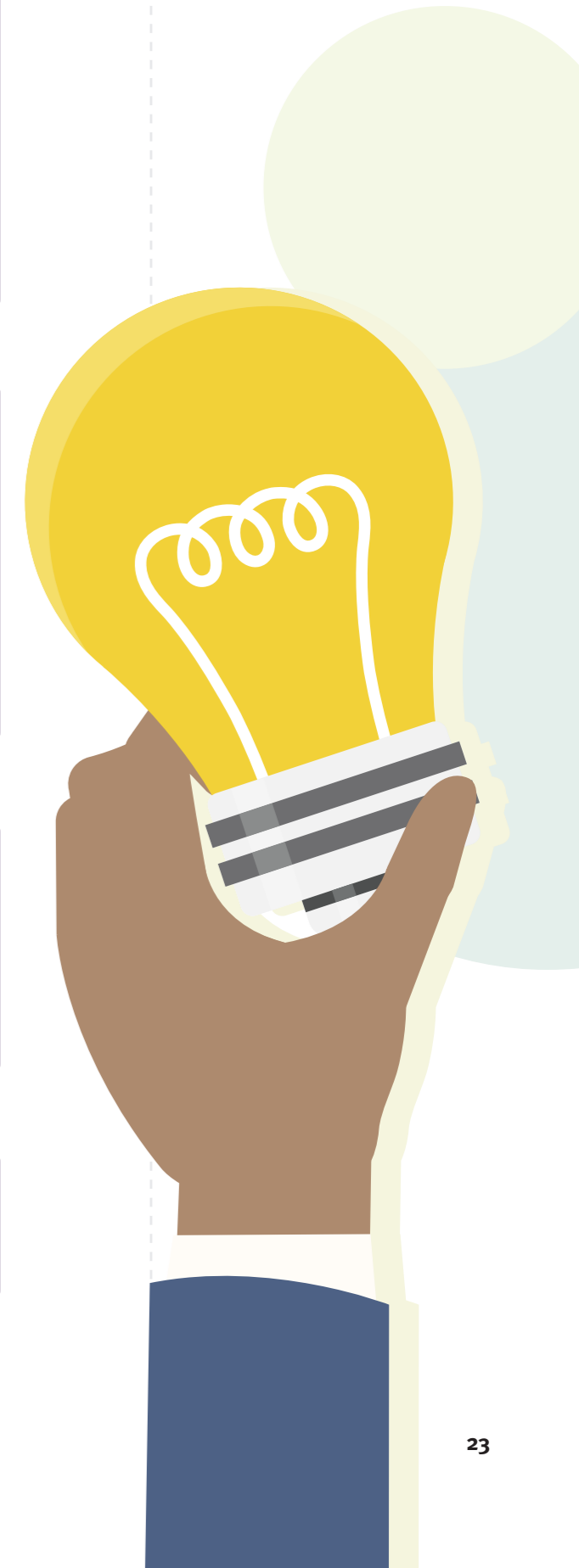
- Quelle prüfen: wer sagt was?
- Mit anderen Quellen vergleichen: Bestätigen andere Quellen die Aussage?
- Tonalität prüfen: emotional oder sachlich?
- Aussagen prüfen: Fakt oder Meinung?
- Absender prüfen: welche Absicht wird verfolgt?

Wissen teilen

Sie haben handfeste Tipps, die Demokratie zu stärken und als Kirche für Vielfalt, Menschenrechte und Demokratie einzutreten? Sie beschäftigen sich mit Teilaspekten des Themas und suchen Netzwerkpartner:innen? Teilen Sie Ihr Wissen. Auf Seite 24/25 finden Sie die Kontakte ins Kommunikationswerk, zur AG Kirche und Demokratie und zur KÖA365 Fachgruppe Demokratie stärken. Auf Seite 8/9 zeigt die Demokratie-Karte die Standorte der Landeskirchlichen Beauftragten, die Regionalzentren und Links zu Einrichtungen, die sich strukturell mit dem Thema beschäftigen.

Fortbildungen

Die **Evangelische Akademie der Nordkirche**, die **Evangelische Medienakademie** und viele weitere Bildungsakteur:innen auf dem Gebiet der Nordkirche haben Qualifikationen und Fortbildungen im Angebot. Nutzen Sie die Expertise für sich und Ihre Mitarbeitenden.



Ihre Ansprechpartner:innen im Kommunikationswerk



Kommunikationswerk
Evangelisch-Lutherische
Kirche in Norddeutschland

Tel. 040 / 30620 1100
www.kommunikationswerk-nordkirche.de



Foto: Susanne Hübner

Dieter Schulz

Leitender Pressesprecher
dieter.schulz@kommunikation.nordkirche.de



Foto: Nikolaus Urban

Ines Langhorst

Referentin f. strategisches Themenmanagement (CvD)
Sprecherin KÖA365 Fachgruppe Demokratie stärken
ines.langhorst@kommunikation.nordkirche.de



Foto: Nikolaus Urban

Maren Warnecke

Referentin Interne Kommunikation
maren.warnecke@kommunikation.nordkirche.de



Foto: Nikolaus Urban

Claudia Ebeling

Medienreferentin
claudia.ebeling@kommunikation.nordkirche.de



Foto: Nikolaus Urban

Oliver Quellmalz

Social Media Manager der Nordkirche
oliver.quellmalz@kommunikation.nordkirche.de

Weitere Ansprechpartner:innen



Foto: BAG KR Hamburg

Karl-Georg Ohse

Referent „Kirche stärkt Demokratie“
karl-georg.ohse@elkm.de



Foto: Kirche Hamburg

Miriam Hansen

Stv. Sprecherin KÖA365 Fachgruppe Demokratie stärken
miriam.hansen@kirche-hamburg-ost.de

Aus der jährlichen Tagung Konferenz Öffentlichkeitsarbeit der Nordkirche, kurz KÖA, hat sich in den letzten Jahren ein Format zur übergreifenden Zusammenarbeit zwischen Kirchenkreisen, Diensten und Werken und Landeskirche entwickelt. Die KÖA365 arbeitet in Fachgruppen ganzjährig an diversen Schwerpunkten der Kommunikation.

Seit Mai 2024 besteht die Fachgruppe Demokratie stärken. Herzstück ist der Themenraum Demokratie stärken. Ziel ist es, die Ideen und Beiträge allen Öffentlichkeitsarbeiter:innen innerhalb der Nordkirche zur Verfügung zu stellen. „Wir tragen uns in der Hoffnung, dass so mehr für die Stärkung der Demokratie im kirchlichen Kontext erreicht und die christliche Haltung zu extrem rechter Politik deutlicher nach außen getragen werden kann.“

Zur Bundestagswahl 2025 hat die Fachgruppe Aktionen, Materialen und Handlungsempfehlungen entwickelt, die allen Kommunikationsfachkräften zur Verfügung gestellt werden. Sie steht im Austausch mit der AG Kirche und Demokratie (S. 22).

Impressum

Herausgeber:in

Kommunikationswerk
Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche)
Königstr. 54
22767 Hamburg

Tel. +49 40 306 20 1100
E-Mail: info@kommunikation.nordkirche.de
<https://www.kommunikationswerk-nordkirche.de/>

Verantwortlich

Kommunikationsdirektor Michael Birgden

Projektleitung

Ines Langhorst, Referentin für strategisches Themenmanagement (CvD)

Umsetzung

Ines Langhorst, Referentin für strategisches Themenmanagement (CvD):
Konzeption, Recherche, Texte

Dieter Schulz, Leitender Pressesprecher der Nordkirche: „Gemeinsam
Haltung zeigen – Position der Nordkirche zu extremistischen Parteien“

Susanne Gerbsch, Referentin Mitgliederkommunikation: Mitarbeit
„Demokratie stärken – wie geht das?“

Maren Warnecke, Referentin Interne Kommunikation: Korrektorat

Claudia Ebeling, Medienreferentin: Beratung, Korrektorat

Arbeitsgruppe der Kirchenleitung zur Erarbeitung des Positionspapiers
„Kirche und extremistische Parteien“

KÖA365 Fachgruppe Demokratie stärken: Themenraum Demokratie
stärken

Gestaltung

Satz und Gestaltung dieser Ausgabe: Jonny Franzke, Medienreferent

Grafiken: Design Manufaktur, Hamburg – Janine Lux;
freepik.com durch die Illustratoren [freepik](http://freepik.com), rawpixel.com, [pikisuperstar](http://pikisuperstar.com)



Evangelisch-Lutherische
Kirche in Norddeutschland